

54. Europaministerkonferenz am 26. Mai 2011 in Berlin

Beschlussprotokoll

TOP 1: Energie- und Klimapolitik der EU

(BE: Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen)

Beschluss

1. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren nehmen den Bericht zur Europäischen Klima- und Energiepolitik zur Kenntnis.

2. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren der Länder sind der Auffassung, dass die Havarie des japanischen Atomkraftwerks in Fukushima infolge des Erdbebens und des Tsunamis vom 11. März 2011 zu Konsequenzen im Umgang mit der Kernenergie in Europa führen muss. Es ist Aufgabe der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, die Sicherheit der europäischen Atomkraftwerke durch die Setzung hoher europaweiter Standards zu verbessern.

3. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren der Länder begrüßen, dass die Europäische Kommission mit der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG) eine Einigung über den Umfang der Stresstests für Atomkraftwerke erzielen konnte und dass bei den Stresstests neben Naturkatastrophen wie Erdbeben und Hochwasser ausdrücklich auch von Menschen verursachte Katastrophen wie Flugzeugabstürze oder Explosionen in der Nähe von Atomkraftwerken Berücksichtigung finden werden. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren bedauern, dass es nicht gelungen ist, auch darüber hinausgehende terroristische Einwirkungen in den Untersuchungsumfang der Stresstests mit einzubeziehen. Sie erwarten, dass der Frage dieser terroristischen Einwirkungen im Rahmen einer vertieften Untersuchung auf europäischer Ebene parallel zu den Stresstests nachgegangen wird.

4. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren werden sich im Herbst 2011 erneut mit den europapolitischen Aspekten der Atomkraft befassen. Zur Vorbereitung bitten sie die Ständige Arbeitsgruppe, den Bericht zur europäischen Energie- und Klimapolitik fortzuschreiben und dabei insbesondere Möglichkeiten zur Anpassung des Euratom-Vertrages, die Erhöhung der Forschungsmittel zur Förderung erneuerbarer Energien sowie Fragen der Energiesteuer und der Energieeffizienz zu berücksichtigen.